



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

**Regierungserklärung
von Ministerpräsident Günther H. Oettinger**

Kinderland Baden-Württemberg
Eckpunkte für eine integrierte Bildungs- und Familienpolitik

**am 9. November 2005
im Landtag von Baden-Württemberg**

Es gilt das gesprochene Wort!

Kinder sind unsere Zukunft

Wir alle wissen: Kinder sind die Summe der Möglichkeiten einer Gesellschaft. Sie sind der Inbegriff von Zukunft. Wenn zwei Menschen sich für ein Kind entscheiden, dann setzen sie damit ein Zeichen des Optimismus, aber auch der Verantwortungsbereitschaft.

Baden-Württemberg ist ein Land voller Möglichkeiten: Offen für die Zukunft; geprägt von einem positiven Realismus und vom Verantwortungsbewusstsein seiner Bürgerinnen und Bürger. Diese Zuversicht und diese Bereitschaft zur Verantwortung sind keine leeren Worthülsen, sondern sie machen das aus, was unser Land für viele so lebenswert macht.

- Die große Online-Umfrage „Perspektive Deutschland“, die unter der Schirmherrschaft des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker steht, hat ergeben, dass 79 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg mit der Lebensqualität an ihrem Wohnort und in ihrem Umfeld zufrieden sind. Das ist mehr als in jedem anderen Bundesland.
- Sicherlich hängt es auch mit dieser hohen Lebensqualität zusammen, dass Baden-Württemberg seit 2001 das einzige Land in Deutschland ist, in dem die Zahl der Geburten die der Sterbefälle übersteigt.
- Dass dies so ist, liegt vor allem daran, dass unser Land mit seinen hervorragenden Hochschulen und seinem anspruchsvollen Arbeitsplatzangebot besonders attraktiv für junge und leistungsfähige Zuwanderer aus dem In- und Ausland ist. Baden-Württemberg hat seit der Wiedervereinigung im Bundesvergleich den stärksten Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen.
- Und schließlich ist Baden-Württemberg demographisch gesehen das jüngste aller Bundesländer. Der Altersdurchschnitt bei uns beträgt 40,8 Jahre (Stand 31. Dez. 2003). Im Bundesvergleich liegt er bei 41,8 Jahren. In einer Zeit, in der allenthalben über die Folgen einer bevorstehenden Überalterung geklagt wird; in der Pessimisten ein „Methusalem-Komplott“ an die Wand malen, ist das eine gute Ausgangssituation.

Kinderland Baden-Württemberg

Mit seinen vergleichsweise günstigen demographischen Eckdaten und seiner ungebrochenen Attraktivität für junge Menschen, die zu uns kommen wollen, ist Baden-Württemberg auf einem guten Weg, zum „Kinderland Nummer eins“ in Deutschland zu werden.

Der Begriff „Kinderland“ meint mehr als einfach nur eine „kinderfreundliche Gesellschaft“. „Kinderland“ steht für ein neues Verständnis von Kindheit, Jugend und Familie. „Kinderland“ steht für eine Politik, die sich an Kindern und Jugendlichen, ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten orientiert und in der verschiedene Politikfelder miteinander verschmelzen: Familien- und Bildungspolitik, Betreuung und Jugendarbeit, Demographie und Sozialpolitik. Wer diese Themenfelder nur sektoral betrachtet, läuft leicht Gefahr, das Wesentliche aus dem Blick zu verlieren. Nicht die einzelnen Politikfelder dürfen unseren Blick auf das Kind bestimmen, sondern die Bedürfnisse der Kinder bestimmen bei uns die Erfordernisse der Politik!

Deshalb betone ich heute noch einmal: Eine Politik für Kinder und Familien; eine Politik, die Familien die Entscheidung für ein Kind erleichtert, braucht einen ganzheitlichen Ansatz! Bildung und Betreuung sind zwei Seiten derselben Medaille!

- Ein Land, das sich als „Kinderland“ versteht, setzt auf die Zukunft.
- Ein Land, das sich als „Kinderland“ versteht, gibt Kindern und Jugendlichen den Raum und die Unterstützung, die sie für eine gute Entwicklung und einen erfolgreichen Start ins Leben brauchen.
- Ein Land, das sich als „Kinderland“ versteht, nimmt Kinder und Jugendliche ernst: mit ihren Stärken und Schwächen, ihrer Phantasie und ihren Grenzen.
- Ein Land, das sich als „Kinderland“ versteht, nimmt sich selbst in die Pflicht. „Kinderland“ ist nicht einfach eine große bunte Spielwiese. Hier geht es auch um Gerechtigkeit und Verantwortung: zwischen Alten und Jungen, zwischen Starken und Schwachen, zwischen Kinderlosen und Eltern.

Das ist das Leitbild, das wir verfolgen, wenn wir vom „Kinderland Baden-Württemberg“ sprechen.

Die Landesregierung unter meiner Führung hat es sich zum Ziel gesetzt, dieses Leitbild Schritt für Schritt umzusetzen – gemeinsam mit den Eltern, den Schulen, den Kommunen, den Kirchen, Vereinen und Verbänden – gemeinsam mit allen Kräften der Gesellschaft! Ich lade Sie alle ein: Lassen Sie uns Baden-Württemberg zu einem „Kinderland“ machen, das auf Zukunft ausgerichtet ist und in dem es sich zu leben lohnt!

Unser Land verfügt über gute Voraussetzungen auf diesem Weg:

- Unsere demographischen Eckdaten sind sicherlich nicht befriedigend. Aber sie sind besser als in jedem anderen Land Deutschlands.
- Wir haben eine der höchsten Frauenerwerbsquoten in ganz Deutschland. Die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf, die in vielen Fällen der Schlüssel für das „Ja zum Kind“ ist, funktioniert bei uns besser als in den meisten anderen Ländern. Was nicht bedeutet, dass es hier nicht noch genügend zu tun gibt. Wir werden es anpacken!

Das „Kinderland Baden-Württemberg“ hat viele Mütter und Väter

Zu diesen guten Ausgangsvoraussetzungen bei uns in Baden-Württemberg haben viele einen Beitrag geleistet:

- die Eltern, die ihre Verantwortung für ihre Kinder ernst nehmen und ihnen eine gute Zukunft eröffnen wollen;
- die familiären Netzwerke zwischen Nachbarn und Freunden, zwischen Alt und Jung;
- die jungen Familien mit ihrem oft bewundernswerten Talent zur Selbstorganisation;
- hochmotivierte Erzieherinnen und Erzieher in Kindergärten und Betreuungseinrichtungen;
- Lehrerinnen und Lehrer, die die Neugier und Lernbereitschaft der Kinder wecken und ihnen das richtige Rüstzeug auf ihren Lebens- und Bildungsweg mitgeben;
- Kirchen und Verbände, die zur Elternbildung beitragen und entlastende Strukturen bereitstellen;
- und schließlich auch Arbeitgeber und Gewerkschaften. Die Arbeitgeber, weil sie zukunftssichere Jobs schaffen und gleichzeitig ein offenes Ohr für die Belange der

Familien haben. Die Gewerkschaften, weil sie nicht nur für die beruflichen Interessen der Arbeitnehmer eintreten, sondern sich auch zum Anwalt der Familien machen.

Ich danke allen, die auf vielfältige Weise dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft sich zum „Kinderland“ entwickelt. Mein Ziel ist es, diese Kräfte zusammenzuführen und weiter zu stärken.

„Kinderland“ – ein Ziel und viele Wege

Auf dem Weg zum „Kinderland“ gibt es keine Patentrezepte. Es gibt Alternativen und es gibt unterschiedliche Ansätze, die sich aus der konkreten Lebenssituation der betroffenen Menschen ergeben. Wir werden diese Wege nicht gegeneinander ausspielen, sondern wir nehmen die Wahlfreiheit der Eltern und Familien ernst. Unser Konzept wird den Eltern genauso gerecht, die ihre Kinder selbst betreuen möchten, wie denjenigen, die auf eine externe Betreuungsmöglichkeit angewiesen sind. Das gilt für die Kleinkindbetreuung genauso wie für die Ganztagschule.

Wir nehmen den Eltern die Verantwortung nicht ab – aber wir unterstützen sie, wenn und wo sie dies wünschen. Wir verstaatlichen nicht die freie Zeit von Kindern und Jugendlichen – sondern wir bieten freien Trägern die Möglichkeit, diese Zeit gemeinsam mit den betroffenen jungen Menschen sinnvoll zu gestalten.

Die Zukunft unserer Kinder ist eine Aufgabe, der alle sich gleichermaßen stellen müssen: die Eltern, der Staat, die Schulen und Betreuungseinrichtungen, die Kirchen und freien Träger, die Vereine und Verbände, die Wirtschaft und schließlich die Gesellschaft insgesamt. Das Konzept „Kinderland“ gibt dieser Gesamtverantwortung neuen Raum.

Seit dem Amtsantritt der neuen Landesregierung vor einem halben Jahr haben wir eine Reihe von Projekten und Maßnahmen auf den Weg gebracht, die die Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in Baden-Württemberg umfassend verbessern werden und über die ich Ihnen im Folgenden berichten möchte.

Am vergangenen Freitag habe ich hierzu eine entsprechende Vereinbarung mit den Präsidenten der kommunalen Landesverbände geschlossen, denen ich an dieser Stelle für Ihre Aufgeschlossenheit und ihren Einsatz, den sie schon in der Vergangenheit erbracht haben, sehr herzlich danke.

Bildung und Betreuung gehören zusammen – in jedem Lebensalter

Ein wesentliches Element aller Maßnahmen und Projekte, die ich mit den kommunalen Landesverbänden vereinbart habe, ist das Bewusstsein, dass Bildung und Betreuung zusammengehören – und zwar in allen Altersstufen. Dabei versteht es sich von selbst, dass Kleinkinder andere Bildungsinhalte und ein anderes Maß an Betreuung benötigen als Schüler und Jugendliche.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – für Mütter und Väter

Wenn wir über das Thema „Betreuung“ reden, müssen wir uns bewusst machen, dass immer mehr Familien auf ein zweites Einkommen angewiesen sind. Zudem wollen viele Frauen auf eine eigene berufliche Karriere – zumal nach einer oft aufwändigen Berufsausbildung – nicht mehr verzichten. Dieser Wunsch ist absolut verständlich und legitim.

Ich halte es für skandalös, dass Frauen sich immer noch dafür rechtfertigen müssen, wenn sie sich nach der Elternzeit eine Rückkehr in den Beruf wünschen. Aber genauso falsch ist es, wenn Frauen sich dafür rechtfertigen müssen, weil sie zu Hause bleiben und ihre Kinder selbst erziehen wollen. Beide Wege sind richtig. Und beide Wege verdienen die Unterstützung der Gesellschaft. Im Übrigen bin ich sicher, dass wir diese Diskussion schon lange nicht mehr führen würden, wenn mehr Männer sich für die Elternzeit entscheiden würden. So lange das aber nicht der Fall ist, wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einseitig als „Frauenproblem“ wahrgenommen.

Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und zwar für Frauen *und* für Männer. Wir brauchen ausreichende Betreuungsangebote für Kinder. Nur so wird es Familien ermöglicht, trotz Berufstätigkeit beider Elternteile eigene Kinder aufzuziehen. Es liegt auf der Hand, dass jungen Paaren auf diese Weise die Entscheidung für ein Kind erleichtert wird.

Die grundsätzliche Zuständigkeit für die Kleinkinderbetreuung in altersgemischten Kindergartengruppen, in Kinderkrippen und durch Tagesmütter und -väter liegt bei

den Kommunen. Die Landesregierung wirkt jedoch am Ziel eines qualitativen und quantitativen Ausbaus der Angebote mit, indem wir die bisherige Mitfinanzierung im Umfang von 10 % bei den Kinderkrippen beibehalten und auch die Strukturförderung der Tagespflege in bisherigem Umfang fortführen.

Auch in finanziell schwierigen Zeiten bekennen wir uns zu unserer Mitverantwortung für die junge Generation in unserem Land!

Frühkindliche Bildung als Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit

In Deutschland und auch in Baden-Württemberg besteht ein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Kinder aus der Oberschicht haben deutlich höhere Chancen, das Gymnasium zu besuchen, als Kinder aus Arbeiter- oder Migrantenfamilien. Dieses Ergebnis des neuen PISA-Ländervergleichs 2003-E hat in den letzten Tagen die Öffentlichkeit stark beschäftigt.

Ich will die Problematik dieses Befundes nicht beschönigen und versichere Ihnen, dass wir diesen Sachverhalt sehr ernst nehmen. Dennoch möchte ich auf einen Aspekt hinweisen, der das Ergebnis Baden-Württembergs in dieser Studie zumindest zum Teil erklärt: Rund ein Drittel unserer Abiturientinnen und Abiturienten legt seine Reifeprüfung an den beruflichen Gymnasien ab, die eine baden-württembergische Besonderheit darstellen. Bedauerlicher Weise taucht diese relativ große Gruppe in der PISA-Statistik jedoch nicht auf, was zu einer negativen Verzerrung des Gesamtbildes führt.

Aber auch wenn man dies berücksichtigt, wird man in Baden-Württemberg - wie in allen Bundesländern - einen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen leider nicht bestreiten können. Mein Ehrgeiz und Ziel ist, dass wir diese ungleiche Chancenverteilung rasch verringern. Das ist zum einen eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber den einzelnen Kindern und ihren Familien. Zum anderen geht es hier auch um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft: Wir können es uns nicht leisten, dass Talente und Begabungen brach liegen oder verschüttet werden!

Der jüngste PISA-Ländervergleich hat aber auch ausgesprochen erfreuliche Ergebnisse für unser Land zutage gefördert. Die Schülerinnen und Schüler aus Baden-

Württemberg konnten sich bei der Bewertung ihrer Kompetenzen auch in diesem Jahr auf den vorderen Plätzen behaupten. Im internationalen Vergleich konnte Baden-Württemberg sich sogar auf praktisch allen Feldern weiter verbessern. Dies spricht für die Qualität und die langfristige Orientierung unserer Bildungspolitik!

Am Beispiel von Nordrhein-Westfalen hat die aktuelle PISA-Untersuchung deutlich gemacht, dass Gesamtschulen kein Mittel für mehr Chancengerechtigkeit sind. Denn obwohl diese Schulform in NRW über Jahrzehnte exzessiv propagiert wurde, liegen die Bildungschancen von Arbeiterkindern dort unter dem Bundesdurchschnitt.

Ich bin der Auffassung, dass der Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit nicht in einer ideologischen Gleichmacherei liegt, sondern in einer intensiven frühkindlichen Bildung. Die intensive Förderung in Kindergarten und Grundschule ist mir deshalb ein wichtiges Anliegen. Diese Schwerpunktsetzung erfolgt in Übereinstimmung mit den kommunalen und freien Trägern von Kindertageseinrichtungen, mit denen das Land eine sehr intensive und gewinnbringende Kooperation pflegt.

Kooperation von Kindergarten und Schule

Dass wir uns in Baden-Württemberg bereits heute auf einem guten Weg befinden, hat die IGLU-Studie gezeigt. Mit dem „Schulanfang auf neuen Wegen“ haben wir an unseren Grundschulen in Baden-Württemberg ein bundesweit anerkanntes Programm etabliert. Dieses Programm hat bereits zu einer deutlich ablesbaren Reduzierung der Zurückstellungen vom Schulbesuch geführt und die Zahl der vorzeitigen Einschulungen erkennbar gesteigert. Der „Schulanfang auf neuen Wegen“ hat insbesondere variable Einschulungsmöglichkeiten eröffnet und die flexible Ausgestaltung des Anfangsunterrichts in den Klassen 1 und 2 mit mehr Binnendifferenzierung und jahrgangsübergreifenden Lerngruppen ermöglicht.

Die flächendeckende Einführung der Grundschulfremdsprache ab Klasse 1 hat sich aus meiner Sicht ebenfalls sehr positiv auf den Kompetenzerwerb der Grundschulkinder ausgewirkt. Auch hier befinden wir uns in Einklang mit entwicklungspsychologischen Erkenntnissen, die zu einem möglichst frühzeitigen Erlernen von Fremdsprachen raten.

Die Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschule hat in Baden-Württemberg eine gute Tradition. Diese Zusammenarbeit soll in Zukunft vor dem Hintergrund des Orientierungsplans für vorschulische Bildung und des Konzepts „Schulreifes Kind“ weiter ausgebaut werden. Mein Ziel ist es, jedem Kind die Förderung angedeihen zu lassen, die es braucht, um seine Begabungen optimal zu entfalten. Genau hier liegt nach meiner Überzeugung auch der erste Ansatzpunkt gegen die in der PISA - Studie beklagten sozialen Ungleichheiten.

Weckt Bildungshunger und Wissensdurst – der Orientierungsplan für frühkindliche Bildung und Erziehung

Wir haben in Baden-Württemberg bereits in der Vergangenheit Akzente in der frühkindlichen Bildung gesetzt. Auf der Grundlage der Erfahrungen, die wir dabei gewonnen haben, haben wir ein weiterentwickeltes Konzept erarbeitet: den Orientierungsplan für frühkindliche Bildung und Erziehung. Wir wollen eine möglichst frühe und individuelle Förderung der Kinder erreichen und die Bedeutung frühkindlicher Bildungsprozesse betonen. Die Kindheit ist die lernintensivste Zeit.

Der Orientierungsplan ist kein Curriculum und er soll auch keine Vorschule begründen, sondern Orientierung für die pädagogische Unterstützung kindlicher Entwicklungsprozesse geben. Auf die Kinder im Kindergartenalter soll alters- und entwicklungsadäquat zugegangen werden. Es geht darum, die natürliche Entdeckungslust und den Wissensdurst der Kinder anzusprechen. Inhalte sollen Themen wie Körper, Sinne, Sprache, Denken, Gefühl und Mitgefühl, Werte und Religion sein. Außerdem sollen Anregungen für die Kooperation der Kindergärten, vor allem im letzten Kindergartenjahr aufgenommen werden.

Wir haben den Orientierungsplan mit den Kommunen, Kirchen und freien Trägern abgestimmt; Ende November wird er allen Kindergärten zugehen. Ab Februar 2006 sollen dann 30 Pilotkindergärten den Orientierungsplan erproben und dabei wissenschaftlich begleitet werden. Weitere 200 Kindergärten werden den Orientierungsplan anwenden und mit den Pilotkindergärten in engem Austausch stehen.

Damit der Start gut gelingt – das Projekt „Schulreifes Kind“

Ergebnisse von Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass bei ungefähr einem Fünftel der Kinder Entwicklungsdefizite bestehen. Diese Kinder benötigen eine besonders intensive Förderung, die über den Orientierungsplan hinausgeht.

Mit dem Konzept „Schulreifes Kind“ machen wir ein wichtiges Angebot für diese Gruppe. Ziel ist es, die Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschulen bzw. sonderpädagogischen Einrichtungen zu verstärken, um Kindern zu helfen, deren Schulfähigkeit in der Grundschule gefährdet ist. Zurückstellungen vom Schulbesuch und Klassenwiederholungen sollen auf diese Weise vermieden werden.

Im letzten Kindergartenjahr soll für diese Kinder gezielt eine individuelle Förderung angeboten werden. Ziel dieser Maßnahmen ist es, dass die betroffenen Kinder zum Schulbeginn die gleichen Bildungschancen haben wie ihre übrigen Altersgenossen. Mit den Kommunalen Landesverbänden und den Kirchen habe ich die Durchführung entsprechender Modellversuche vereinbart.

Um gerade auch die Gruppen zu erreichen, die am meisten von einer solchen Förderung profitieren können, will ich für dieses Angebot des Landes gezielt bei Eltern, Konsulaten und Kinderärzten werben. Jedes einzelne Kind ist uns wichtig!

Die Vielfalt der baden-württembergischen Kindergärten legt beim Projekt „Schulreifes Kind“ die Erprobung unterschiedlicher Modelle nahe.

So kann die Förderung entweder durch das Personal der Grundschulförderklassen, durch Erzieherinnen oder Lehrkräfte stattfinden. Der Ort der Förderung kann entweder in einer Grundschulförderklasse, in zentralen Kindergärten, in jedem einzelnen Kindergarten oder in Schulen sein. Auch der Umfang der Förderung ist je nach gewähltem Modell flexibel. Sie reicht von vier bis zu 18 Wochenstunden. Die Erprobungseinrichtungen sollen frei wählen, welches Modell sie anwenden wollen. Auf diese Weise kann den Bedingungen vor Ort weitestmöglich Rechnung getragen werden.

Ab dem Kindergartenjahr 2005/2006 soll eine vierjährige Erprobungsphase in ausgewählten Einrichtungen stattfinden. Diese Pilotphase soll mit dem Kindergartenjahr 2009/2010 abgeschlossen sein. Auf der Grundlage der dann gemachten Erfahrungen soll ein Konzept für die Kooperation aller Grundschulen und aller Kindergärten in Baden-Württemberg vorgelegt werden.

Noch in diesem Monat soll die Ausschreibung für die Erprobungsphase stattfinden. Bis Ende Januar wollen wir die Bewerbungen der interessierten Einrichtungen auswerten und die Teilnehmer auswählen. Dabei werden wir darauf achten, eine möglichst breite Streuung der beteiligten Einrichtungen zu erreichen. So sollen Einrichtungen verschiedener Träger (kommunale, kirchliche, freie Träger) aus allen vier Regierungspräsidien teilnehmen. Wichtig ist uns auch, dass sowohl städtische als auch ländliche Regionen repräsentiert sind, und dass die Gruppen sowohl hinsichtlich ihrer Größe als auch in ihrer Zusammensetzung unterschiedlich sind.

Im Augenblick gehe ich von etwa 50 Einrichtungen aus, die mit der Erprobung des Konzepts beginnen. Die Anzahl dieser Einrichtungen soll sukzessive ausgebaut werden. Nach Abschluss der Erprobungsphase und Evaluierung der Konzeption sollen die Modelle umgesetzt werden, die sich bewährt haben. Voraussetzung für die Teilnahme an der Erprobung ist die Freiwilligkeit aller Beteiligten.

Die Landesregierung schafft mit dem Orientierungsplan für frühkindliche Bildung und Erziehung sowie mit dem Konzept „Schulreifes Kind“ für alle Kinder des Landes eine optimale Basis für einen gelingenden Schulstart, für ihre gesamte Persönlichkeitsentwicklung und ihre Schullaufbahn. Wir demonstrieren damit in finanziell schwierigen Zeiten, dass für uns die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen höchste Priorität genießt. Chancengerechtigkeit ist für uns keine leere Worthülse!

Ganztagsschulen – verlässliche Rahmenbedingungen für Schüler und Eltern

Die Verzahnung von Bildung und Betreuung betrifft nicht nur den vorschulischen Bereich, sondern auch die Schule. Der Ausbau und die Weiterentwicklung von Ganztagschulen ist deshalb ein zentraler familien- und bildungspolitischer Schwerpunkt der Landesregierung. Zur Verwirklichung dieses Zieles werden wir gemeinsam mit unseren außerschulischen Partnern zwei verschiedene Wege beschreiten: Zum einen werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die baulichen Voraussetzungen für die Durchführung des Ganztagsbetriebs zu schaffen, und zum anderen werden wir Ganztagschulen inhaltlich weiterentwickeln.

Mit den Spitzen der Kommunalen Landesverbände haben wir in beiden Punkten eine Einigung erzielt, die mich sehr zuversichtlich stimmt, dass wir unser Ziel erreichen

können, Baden-Württemberg zu *dem* Kinderland in Deutschland zu machen.

Die Ganztagsschule braucht Raum...

Mit dem Schulhausbauförderprogramm „Chancen durch Bildung – Investitionsoffensive Ganztagsschule“ sollen in den kommenden neun Jahren Baumaßnahmen gefördert werden, die für den Ganztagsschulbetrieb erforderlich sind. Das Programm hat ein Volumen von einer Milliarde Euro. Davon steuert das Land 450 Mio. Euro bei, 550 Mio. Euro entfallen auf die Kommunen.

Die Schulhausbauförderrichtlinien werden so ergänzt, dass die erforderlichen Elemente des Ganztagsschulbetriebs wie Mensa, Freizeit- und Betreuungsangebote förderfähig werden. Finanziert werden Neu-, Aus- und Umbaumaßnahmen. Das neue Programm des Landes und der Kommunen enthält auch eine Option für staatlich-private Partnerschaften und für Mietobjekte.

Eine Milliarde Euro: Diese immense Kraftanstrengung von Land und Kommunen in finanziell sehr schwierigen Zeiten ist ein klares Signal für den Stellenwert, den Kinder, Jugendliche und Familien bei uns in Baden-Württemberg haben.

... und neue Ideen

Genauso wichtig wie die Schaffung der erforderlichen baulichen Voraussetzungen ist mir die konzeptionelle Weiterentwicklung der Ganztagsschulen. Den Hauptschulen in Brennpunkten, die ihren Bildungsauftrag unter oft schwierigen sozialen und pädagogischen Bedingungen erfüllen, wird auch in Zukunft unser besonderes Augenmerk gelten. Sie erhalten eine erhöhte Stundenzuweisung, weil die Jugendlichen dort besondere Aufmerksamkeit, Hilfe und Unterstützung benötigen.

Darüber hinaus können alle allgemein bildenden Schulen Ganztagsschulen werden, sofern dies vor Ort erwünscht ist und nachgefragt wird. Auch hier gilt, dass wir die Wahlfreiheit der Eltern ernst nehmen. Deswegen spreche ich von einem flächendeckenden und bedarfsorientierten Netz von Ganztagsschulen.

Flächendeckend bedeutet für mich, dass alle Kinder im Land die Möglichkeit haben sollen, in zumutbarer Entfernung eine Schule mit Ganztagsbetrieb zu besuchen. Keinesfalls denken wir daran, alle Schulen im Land auf Ganztagsbetrieb umzustellen. Ich will auch nicht, dass Schulen benachteiligt werden, weil sie sich bewusst für eine Beibehaltung der bisherigen Unterrichtsorganisation entscheiden.

Durch die neuen Bildungspläne, durch die Möglichkeit der Schulen, ihr eigenes Schulcurriculum zu entwickeln, wurden Schulentwicklungsprozesse in Gang gesetzt, über die wir uns sehr freuen und die wir nicht aufhalten oder gar rückgängig machen wollen. Ziel der Landesregierung ist es, die Qualität der Arbeit unserer Schulen zu verbessern und die Startchancen der jungen Menschen in Ausbildung und Beruf zu optimieren. Welchen Weg jede einzelne Schule geht, um dieses Ziel zu erreichen, liegt letztlich in ihrer eigenen Verantwortung.

Ganztagschulen werden mehr sein als Halbtagschulen mit zusätzlichen Betreuungselementen. Dies bedeutet, dass es Veränderungen im Bereich des Unterrichts geben wird und dass Betreuungsangebote das pädagogische Konzept der Schule ergänzen werden.

Ehrenamtliche Jugendbegleiter: Schule und Gesellschaft rücken näher zusammen

In den Ganztagschulen werden wir die Arbeit der hauptamtlich tätigen Lehrerinnen und Lehrer durch den Einsatz qualifizierter ehrenamtlicher Kräfte ergänzen. Bei diesen so genannten „Jugendbegleitern“ handelt es sich um Frauen und Männer aus Vereinen, Verbänden und Kirchen, um engagierte Bürgerinnen und Bürger, die auf diese Weise noch stärker als bisher in das Schulleben integriert werden und es bereichern sollen. Diese Überlegungen, die bundesweit einmalig sind, haben wir mit unseren außerschulischen Partnern sehr intensiv besprochen. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr für die äußerst konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ich versichere Ihnen, dass wir die Anregungen der Vereine, Verbände, der Kirchen und der Kommunen bei der weiteren konzeptionellen Arbeit selbstverständlich berücksichtigen werden.

Jugendbegleiter sollen Menschen sein, die mit ihrer Persönlichkeit, ihrer Lebenserfahrung und ihren speziellen Kenntnissen Jugendliche im außerunterrichtlichen Be-

reich unterstützen und begleiten. Durch ihre Präsenz und ihr Vorbild ermöglichen sie es jungen Menschen, außerhalb der traditionellen Unterrichtszeit Lebenskompetenz zu erwerben.

Das Konzept „Jugendbegleiter“ hat eine enorme gesellschaftspolitische Tragweite:

- Es demonstriert die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Schulen und die jungen Menschen, die dort auf ihr Leben vorbereitet werden.
- Eine Schule, die durch Ehrenamtliche mit ihrem Umfeld vernetzt ist, wird sich noch stärker öffnen und die Kompetenzen, die in der jeweiligen Gemeinde vorhanden sind, noch besser für die Schüler nutzbar machen.
- Alle an der Bildung der Jugendlichen Beteiligten erhalten die Chance, gemeinsam Konzepte zu entwickeln und zu organisieren. Eltern und Schüler erhalten damit Angebote aus „einem Guss“.
- Das Ehrenamt wird intensiv in den Lebensraum der jungen Menschen einbezogen. Davon profitieren auch die Ehrenamtlichen, die eine Plattform erhalten, um ihre Arbeit zu präsentieren und für eine aktive Bürgergesellschaft zu werben.
- Nach und nach wird sich das Bildungsverständnis ändern. Bildung für Kinder und Jugendliche wird dann nicht mehr gleichbedeutend sein mit Schule, sondern es wird ein Gesamtbildungskonzept geben, in dem auch die außerschulische Bildung ihren Platz hat.
- Die Jugendbegleiter werden uns darüber hinaus auch helfen, eine ganztägige Betreuung zu sichern.

Ich habe in den vergangenen Monaten intensive Gespräche mit den Kommunalen Landesverbänden, mit Kirchen, Vereinen, Verbänden und Schulen geführt. Wir wollen gemeinsam unterschiedliche inhaltliche Themenbereiche für die Jugend erschließen: Sport, Musik, Kultur, Geschichte, Naturwissenschaften, kirchliche Jugendarbeit, soziale Tätigkeiten, Ausschnitte aus der Arbeitswelt, Umwelt- und Naturschutz. Auch eine gezielte Unterstützung einzelner Schüler soll möglich sein.

Als Jugendbegleiter sprechen wir insbesondere pädagogisch bereits qualifizierte Personen wie ausgebildete Übungsleiter, Jugendgruppenleiter, Schülermentoren oder Musikschulpädagogen an. Darüber hinaus möchten wir auch Personen gewinnen, die

derzeit noch nicht mit Jugendlichen tätig sind, sich aber in diesem Bereich engagieren wollen.

Lassen Sie mich noch konkreter werden:

- Ich stelle mir vor, dass ältere Schülerinnen und Schüler Verantwortung für jüngere Kinder übernehmen - wie wir es von zu Hause kennen, wo Geschwister miteinander und voneinander lernen und alle davon profitieren. Warum soll das, was in den Familien jeden Tag gelebte Realität ist, nicht auch ein Modell für unsere Schulen sein?
- Ich möchte auch, dass unsere Schulen sich noch stärker für Mütter und Väter öffnen. Sie haben einen so reichhaltigen Wissens- und Erfahrungsschatz - auf den wollen und können wir nicht verzichten.
Natürlich weiß ich, dass es bereits heute viele sehr engagierte Mütter gibt, ohne die beispielsweise der Mittagstisch oder die Hausaufgabenbetreuung nicht funktionieren würde. Diesen Frauen und selbstverständlich auch den engagierten Männern gilt mein herzlicher Dank! Gleichzeitig möchte ich andere Eltern ermutigen, es ihnen gleich zu tun und sich als Jugendbegleiter für unsere Kinder zur Verfügung zu stellen.
- Ich sehe im Jugendbegleiter auch eine Chance zur stärkeren Vernetzung von Schul- und Arbeitswelt. Wenn vielerorts beklagt wird, junge Menschen seien mit dem Erwerbsleben nicht vertraut und es würde ihnen das Verständnis für elementare wirtschaftliche Zusammenhänge fehlen, dann haben wir jetzt die Möglichkeit, dies zu ändern!
Handwerksmeister, Unternehmer, Betriebsräte sind die idealen Ansprechpartner, um jungen Menschen frühzeitig Eindrücke aus der Arbeitswelt zu vermitteln, sie zu sensibilisieren und zu interessieren. Ich bin sicher, dass die Experten aus den Unternehmen und Betrieben eine ideale Ergänzung des Schulunterrichts darstellen werden und bei den Schülerinnen und Schülern äußerst willkommen sind.

Alle Personen, die als Jugendbegleiter eingesetzt werden, sollen eine Grundqualifikation erhalten, die neben pädagogischen Kenntnissen auch organisatorische und administrative Kompetenzen umfasst. Bereits vorhandene Kenntnisse sollen genutzt werden und bei Bedarf ergänzt werden.

Mein Ziel ist es, der Schule und dem Schulträger so viel Freiheit wie möglich zu lassen, um für die jeweilige Situation vor Ort maßgeschneiderte Lösungen anbieten zu können.

Dennoch wird man, sozusagen „einheitlich und zentral“ einige wenige Punkte festlegen müssen – so z.B. die Aufgaben, die Qualifikation, den konkreten Einsatz, die Versicherung, die Richtgrößen für die finanziellen Mittel, die eine Schule erhält.

Ich werde daher noch in diesem Jahr mit den Kommunalen Landesverbänden, Kirchen, Verbänden, Vertretern von Wirtschaft und Gewerkschaften eine Rahmenvereinbarung abschließen, um diese Eckdaten festzulegen.

Vor Ort soll dann, auf der Basis dieser Rahmenvereinbarung, in enger Zusammenarbeit von Schule, Vereinen und Kommune ein individuelles Angebot für die einzelne Schule zusammengestellt werden. Meiner Meinung nach wäre es sinnvoll, wenn der Schulträger sich bei der Koordinierung der Angebote einbringt. Die letzte Verantwortung für den Einsatz einer Person als Jugendbegleiter soll aber beim Schulleiter liegen, denn nur er kann einschätzen, inwieweit ein Angebot inhaltlich und personell in das pädagogische Gesamtkonzept seiner Schule passt.

Damit für die Schule, die Eltern und Schüler Planungssicherheit herrscht, wollen wir die einzelnen Jugendbegleiter für mindestens ein Schulhalbjahr verpflichten.

Einige Städte, darunter Karlsruhe und Stuttgart, haben der Landesregierung ihr Interesse signalisiert, bei der Entwicklung und Einführung des Jugendbegleiters mitzuwirken. Diese Bereitschaft freut mich sehr und deswegen wollen wir diesen Städten und Gemeinden die Möglichkeit bieten, dass sie so schnell wie möglich loslegen können. Bereits zum 1. Februar 2006 sollen modellhafte Angebote gestartet werden. Zum 1. August 2008 sollen diese Modellvorhaben dann in die Regelphase übergehen.

Interessierte Schulen und Schulträger können sich beim Kultusministerium für die Teilnahme an der Modellphase melden. Für den Einsatz der Jugendbegleiter auf örtlicher Ebene werden wir einen Rahmenkatalog herausgeben, der Informationen über die Rahmenvereinbarung, Qualifikationsmerkmale, Verfahrenswege, kooperierende Verbände und ihre Strukturen, mögliche Themenbereiche sowie Hinweise zur effektiven Kooperation und Koordinierung enthält. Damit wollen wir die größtmögliche Unterstützung leisten; den Schulen und Schulträgern aber auch den nötigen Freiraum lassen, um ihre individuellen Modelle zu entwickeln.

Das Land wird den Kommunen Mittel zur Verfügung stellen, damit diese ihren Schulen ein „Schulbudget“ anbieten können. Ich hoffe, dass die Kommunen diesen Landesbeitrag aus eigenen Mitteln aufstocken werden.

Auch hier ist mir besonders wichtig, dass wir keine Vorgaben von oben machen. Festlegen werden wir deshalb nur, wie viel Geld die Kommunen von uns erhalten. Wie die Schulen mit diesen Landesmitteln und gegebenenfalls den Mitteln ihres Schulträgers verfahren, soll auch auf der örtlichen Ebene geklärt werden. Der Mittelbedarf hängt letztlich auch davon ab, welche konkreten Angebote es vor Ort gibt.

Mir ist sehr wohl bewusst, welche Aufgabe hier vor uns liegt. Mir sind auch die kritischen Anmerkungen, z.B. ob sich tatsächlich genügend Freiwillige finden lassen, die am Nachmittag ohne Bezahlung solche Angebote übernehmen, durchaus bekannt. Ich erwarte auch nicht, dass wir alle Schwierigkeiten von heute auf morgen lösen werden. Es muss uns aber allen bewusst sein, dass wir entweder die Möglichkeit haben, die Hände in den Schoß zu legen und Bedenken zu pflegen oder uns auf den Weg zu machen und neue, auch unkonventionelle Ideen zu erproben.

Ideen und Projekte für Kinder und Jugendliche: die Stiftung Kinderland

Als Motor für solche unkonventionellen Ideen haben wir die Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“ gegründet. Diese Stiftung hat die Aufgabe, Bildungs- und Forschungsprojekte für Kinder, Jugendliche und Familien zu initiieren. Aufgabe der Stiftung ist nicht die Dauerfinanzierung, sondern das Aufzeigen von Möglichkeiten, die Vermittlung von best-practice-Beispielen und das Anschieben von Ideen und Projekten, die sich dann später in anderer Weise selbst tragen und fortsetzen können.

Die Stiftung wurde am 2. Oktober gegründet. Sobald sich Stiftungsrat und Kuratorium konstituiert haben, werden zügig konkrete Projekte auf den Weg gebracht werden, die unser Ziel, Baden-Württemberg zum Kinderland Deutschlands zu machen, unterstützen.

5,26 Mio. Euro für benachteiligte Jugendliche

Neu ist auch das Projekt „Individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf“ - ein Projekt, das mir sehr am Herzen liegt, weil wir damit junge Menschen unterstützen, die unserer Hilfestellung und Aufmerksamkeit besonders bedürfen.

Mit 5,26 Mio. Euro aus Mitteln der Zukunftsoffensive IV wollen wir in den kommenden vier Jahren ein ergänzendes Unterstützungssystem installieren, durch das die Chancen benachteiligter Jugendlicher auf berufliche Integration verbessert werden. Die schulische Förderung wird durch eine individuelle Lernbegleitung ergänzt. Ziel des Projekts ist, die Übergänge in eine berufliche Ausbildung zu erhöhen und die Zahl der Ausbildungsabbrüche bei Jugendlichen, die bereits eine Ausbildung begonnen haben, zu verringern.

Wir fangen nicht bei Null an:

Die familienpolitischen Leistungen des Landes

Mit diesen neuen Konzepten bauen wir auf den bewährten bildungs- und familienpolitischen Aktivitäten der Landesregierung auf. Baden-Württemberg braucht sich mit seinen bisherigen Leistungen auf diesem Gebiet nicht zu verstecken. Wir sind eines der wenigen Länder, die ein Landeserziehungsgeld im Anschluss an das Bundeserziehungsgeld anbieten. Trotz der angespannten Haushaltslage werden bei uns Familien mit Mehrlingsgeburten finanziell unterstützt. Familien mit mehr als drei Kindern und Alleinerziehende erhalten vom Land außerdem einen Familienpass, durch den die Familien in den Genuss verschiedener Vergünstigungen kommen. Insgesamt gibt das Land für familienfördernde Maßnahmen mehr als 500 Mio. Euro pro Jahr aus.

Selbstverständlich ist auch die Wirtschaft gefordert, familienfreundliche Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu schaffen. Hier sind in der letzten Zeit erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen. Immer mehr Betriebe erkennen, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch einen positiven Einfluss auf die Produktivität haben. Aktuelle Studien kommen gar zu dem Schluss, dass sich die Unternehmen durch solche Maßnahmen, die eine ausgewogene Balance zwi-

schen Berufs- und Privatleben (sog. Work-Life-Balance) ermöglichen, einen Wettbewerbsvorteil verschaffen können. Die Landesregierung wird derartige Maßnahmen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit in den Betrieben daher weiterhin aktiv unterstützen.

Im Übrigen geht das Land hier mit gutem Beispiel voran: Im vergangenen Sommer haben wir eine neue, familienfreundliche Arbeitszeitverordnung eingeführt, die dazu beiträgt, dass Landesbedienstete ihr Zeitbudget flexibler handhaben und so mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können.

Wir sichern unseren Kindern die Zukunft

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der amerikanische Medientheoretiker Neil Postman, von dem u.a. das bekannte Buch „Das Ende der Kindheit“ stammt, hat einmal gesagt:

„Kinder sind die lebenden Botschaften, die wir einer Zeit übermitteln, an der wir selbst nicht mehr teilhaben werden.“

Was werden unsere Kinder als Botschafter unserer Zeit einmal zu berichten haben?

Ich wünsche mir, dass unsere Kinder später einmal berichten werden, dass sie eine Kindheit erlebt haben,

- in der sie ernst genommen wurden;
- in der sie gefördert und gefordert wurden;
- in der man ihnen etwas zugetraut hat;
- in der sie ihre Begabungen voll entfalten konnten – unabhängig vom Bildungsstand ihrer Eltern, unabhängig von der Frage, ob Mutter und Vater berufstätig waren.

Ich wünsche mir,

- dass unsere Kinder berichten, dass sie Geborgenheit erfahren haben – in der Familie, in der Schule, in Betreuungseinrichtungen;

- dass sie in jungen Jahren Menschen mit unterschiedlichsten Lebensgeschichten und Erfahrungshintergründen kennen gelernt haben.

Und ich wünsche mir, dass unsere Kinder diese Erfahrungen weitertragen und weitergeben.

Die Grundlage für diese Erfahrungen müssen wir heute legen. Wenn das geschieht, ist mir um unsere Zukunft nicht bange.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.